

Energiewende frisst die eigenen Kinder

Warum die Energiewende paradoxerweise sich selber gefährdet

Vielfach wird der Politik vorgeworfen, dass sie von der Realität überholt wird und die entsprechenden Regelungen meist reaktiv trifft. In Bezug auf das Thema Energie trifft dieser Vorwurf nicht zu. Im Gegenteil. Unmittelbar nach dem tragischen Ereignis in Fukushima entbrannte in der Politik ein Aktivismus ungeahnten Ausmasses. Kaum ein städtisches, regionales oder kantonales Parlament, das nicht mit Vorstössen überflutet wurde. Auch im eidgenössischen Parlament nahmen die Vorstösse inflationäre Züge an. Es ist der Politik daher für einmal keine Untätigkeit vorzuwerfen. Nur, gut gemeint ist oftmals das Gegenteil von gut gelungen. Die Inhalte der Anliegen zielten teilweise in völlig unterschiedliche Richtungen. Zielkonflikte sind daher unvermeidlich. Wohin das führt ist an der Entwicklung in Deutschland ersichtlich. Die Intervention des Staates hat dort ungeahnte Dimensionen angenommen; mit fatalen Folgen auch für die Schweiz. Aufgrund der allein im Jahr 2014 mit 12.8 Milliarden Euro teuren Förderung der Neuen Erneuerbaren Energie wie Wind, Sonne und Biomasse, beträgt die ins Netz eingespeiste Leistung der erneuerbaren Energien in Deutschland per Ende 2014 über 87 Gigawatt. Damit produzieren einem sonnigen und zugleich windigen Tag mittlerweile allein die Wind-, Sonnen- und Biomassekraftwerke so viel wie 100 (!) Kernkraftwerke. Die Neuen Erneuerbaren haben Einspeisevorrang. Betreiber von Windrädern und Solardächern dürfen jede Kilowattstunde zu einem festgelegten Preis einspeisen. Damit die noch auf die bisherigen Einspeiseverhältnisse dimensionierten Netze nicht zusammenbrechen, müssen Produktionen zurück gefahren werden. Es werden bestehende Kraftwerke zurückgeregelt oder abgestellt, damit neue Kraftwerke produzieren können. Der Stromüberschuss hat auch zu einem Preiszerfall an der Strombörse in Leipzig geführt. Darunter leiden insbesondere unsere Wasserkraftwerke, die günstig und sauber produzieren, aber (noch) nicht subventioniert werden. Aufgrund des tiefen CO₂-Preises, sind somit vorallem noch die Kohlekraftwerke konkurrenzfähig. Damit führt die Förderung der Neuen Erneuerbaren Energien paradoxerweise zur Gefährdung der sogenannten Energiewende.

Andy Kollegger, lebt und arbeitet in Chur. Er ist Elektroingenieur, Jurist und Grossrat und gilt als Fachspezialist Energie.